Einzelpreis 50 Pfennig

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis: Im Inland durch die Post monatlich M. 3,70, vierteljährlich M. 11,—, unter Streifband im Inland und Deutschösterreich monatlich M. 5,—, vierteljährlich M. 15,—, im übrigen Ausland monatlich M. 7,—, vierteljährlich M. 20,—. Postscheckkonto München 11 346. — Geschäftsstelle: Thierschstraße 15. — Fernruf 20 647 — Geschäftszeit 8½—4½ Uhr, Samstag 8½—12½ Uhr. — Anzeigenpreis: Die 33 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen auswärts brutto M. 2,—, für München M. 1,50 mit entsprech. Nachl. Reklamezeile M. 8,— Finanzanzeigen netto M. 1,50. Familienanzeigen M. 1,20, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) M. 1,—. Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf 20 647. — Drahtanschrift: Beobachter, München Sprechstunden der Schriftleitung: Täglich von 10—12 Uhr vormittags.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Leiter: Dietrich Eckart

Ausgabe 2 | München (Samstag), den 7. Januar 1922 | 36. Jahrgang

Arbeiterverrat

Die Benachteiligung der Sudetendeutschen im Vertrage der Tschechoslowakei mit Deutschösterreich

Von unserem ständigen Mitarbeiter in der Tschechoslowakei.

Am 30. Dezember 1921.

Gegen den Vertrag der Tschechoslowakei mit Deutschösterreich macht sich in Deutschösterreich selbst eine starke Gegenbewegung geltend. Die Großdeutschen sind keineswegs gewillt, das, was Schober und Benesch zu Prag und Lana zusammengekocht haben, unbesehen auszulöffeln. Die deutschen Nationalsozialisten Deutschösterreichs berufen eine große Protestversammlung im großen Rathaussaale zu Wien ein. In der Vorankündigung heißt es: „Von Komotau bis Aussig brennen alle Halden, weil die Tschechen ihre Kohle nicht mehr anbringen, wir aber betrachten die Ausfuhr tschechischer Kohle als ein gütiges Geschenk und verkaufen unsere Sudetendeutschen an die Tschechei und treten selbst in den Ring gegen Deutschland, die kleine Entente, ein. Das darf nicht geschehen!" Es ist daher noch zu hoffen, daß der Widerstand der nationalen Kreise, einschließlich der Christlichsozialen, dermaßen wächst, daß der Vertrag nicht ratifiziert wird. Wir Sudetendeutschen müssen diesen Vertrag wegen der schweren Gefährdung unseres Standpunktes und aller Möglichkeiten, diesen Standpunkt wirksam zu vertreten, ablehnen und hoffen, daß unsere Brüder in Deutschösterreich uns nicht noch in diesem schweren Kampfe in den Rücken fallen werden. Wir sind ohnedies bescheiden genug. Es fällt uns nicht ein, von den Deutschösterreichern Vergeltung zu verlangen, wenn wir hier Unbilden erleiden, es fällt uns nicht ein, von Deutschösterreich diplomatische Schritte zu fordern, wenn der uns durch den Völkerbund gewährte Minoritätenschutz durchbrochen wird. Selbst die Hoffnung war trügerisch, daß Deutschösterreich als Mitglied des Völkerbundes unsere Beschwerden dort vorbringen und vertreten werde. Daß aber Deutschösterreich sich mit unseren Todfeinden verbündet und den Standpunkt der Sudetendeutschen mit den Füßen tritt, das ist zuviel.

Nachdem die neugebildete Tschechei im Jahre 1918 Deutschösterreich die deutschen Gebiete von Böhmen, Mähren und Schlesien, die sich in freier Selbstbestimmung für Deutschösterreich entschieden hatten, geraubt hatte, indem es diese Gebiete einfach militärisch besetzte, nachdem die Tschechei später Deutschösterreich den Bahnhof Gmünd mit seinem Hinterlande und das Gebiet von Feldsberg weggenommen hatte, ist die Tschechoslowakei so gnädig, Deutschösterreich den übrigen Besitzstand, auf den sie keinerlei Appetit mehr hat, da sie eine Stärkung des deutschen Besitzstandes nicht vertragen würde, zu garantieren. Selbstverständlich muß Deutschösterreich dafür auch der Tschechei ihre Grenzen garantieren, das heißt, den ganzen Raub an deutschem Gebiete gütigst bescheinigen und als gottgewollte Ordnung hinnehmen. Es ist ja sehr bequem für den Räuber, sich den Raub garantieren zu lassen, widersinnig aber, daß der Beraubte sich für alle Zukunft des Eigentumsrechtes begeben soll. Garantiert Deutschösterreich der Tschechei ihre Grenzen, wie es der Vertrag verlangt, dann verrät Deutschösterreich den grundsätzlichen Standpunkt der Sudetendeutschen, die nach wie vor an dem Selbstbestimmungsrechte festhalten, die bis heute nicht freiwillig diesen Staat anerkannt haben, sondern sich nur der Gewalt beugen.

Der Vertrag der Tschechoslowakei mit Deutschösterreich ist ein Löwenvertrag zugunsten der Tschechei. Deutschösterreich wird etwas Kohle bekommen, die sonst auf den Braunkohlenschächten in Westböhmen oder den Steinkohlenhalden des Ostrau-Karwiner Revieres verbrennen würde. Vielleicht bekommt Deutschösterreich auch Kredite, aber das ist praktisch doch nichts anderes, als daß die Abhängigkeit Deutschösterreichs von der Tschechei noch gesteigert wird. Der Kredit gleicht einer Schlinge, die der gebende Staat dem nehmenden um den Hals legt, wobei er sie nach seinem Belieben zuziehen kann. Der Kredit ist die fürchterlichste Zuchtrute, die über Schuldnerstaaten geschwungen werden kann. Was aber Dr. Benesch mit dem Vertrage bezweckt, liegt offen zutage. Die regierenden Kreise können ihres Raubes noch immer nicht froh werden, sie zittern vor einer etwaigen sudetendeutschen Irredenta und fürchten, diese Irredenta könnte von Deutschösterreich aus genährt werden, könnte dort ein schützendes Asyl finden. Und was kann nicht alles als Irredenta ausgelegt werden! Der Mächtige ist stets im Rechte. Ein weiterer Artikel des Abkommens verpflichtet die beiden Staaten, bei sich keine politische oder militärische Organisation zu dulden, die sich gegen die Sicherheit des Vertragspartners richten könnte, und sieht eine gegenseitige Unterstützung durch die Behörden vor. Fürwahr, die Tschechen Deutschösterreichs werden nicht dafür eintreten, daß Niederösterreich mit Wien an die Tschechei falle, denn sie würden dadurch nur ihren eigenen Staat zugrunde richten. Wenn aber zum Beispiel ein deutschösterreichischer Patriot dafür eintreten würde, daß etwa Znaim an Deutschösterreich falle, so müßte dieses Land diesen Mann an die tschechischen Schergen ausliefern. Mit diesem Vertrage kann die Tschechei die Auflösung aller sudetendeutschen Hilfsvereine verlangen. Bei Gott, ehe sich Deutschösterreich unter die Fittiche des tschechischen Falken begibt, ehe es in eine gegen Deutschland gerichtete Koalition eintritt und sich als deutscher Staat gegen Deutsche ausspielen läßt, wäre es noch besser, es würde unter die Nachfolgestaaten aufgeteilt werden.

Ein polnisch-jüdischer Lohnschreiber in einer Schweizer Zeitung gegen Bismarck

Der polnisch-jüdische Abkömmling, Professor Kantarowicz aus Posen, zur Zeit an der Universität Freiburg i. Br., hat in einem geradezu an Hochverrat grenzenden Machwerk in den „Basler Nachrichten" betitelt „Bismarcks Schatten", den Begründer des Reiches und größten Deutschen in der gemeinsten Weise beschimpft. Unter anderem scheute er sich nicht zu sagen: „Bismarck habe den Geist des deutschen Volkes vergiftet, sein Geist müsse wieder ausgetilgt und durch den Geist des Jahres 1848 ersetzt werden. Der Griffel Bismarcks in seinem 3. Band sei in Gift und Galle getaucht." Auch über die Annexion Elsaß-Lothringens durch Bismarck anno 1871 äußert sich der Pole in gemeinster Weise, ebenso über die Vergewaltigung Schlesiens durch seine edlen Landsleute (er stellt sich zwar seinen Lesern als „ideal" gesinnten Deutschen und „Landsmann (!) Hindenburgs" vor) über welche wir uns „nicht zu entrüsten brauchten" usw. usw. Die Schamröte steigt jedem Deutschen ins Gesicht bei dem Gedanken, daß ein Pollacke es heute wagen darf, sich derartige Gemeinheiten in einer ausländischen, uns feindlich gesinnten Zeitung herauszunehmen. Auch in seinen Vorlesungen hat er öfters die patriotischen Gefühle seiner Zuhörer verletzt, so daß schließlich kein anständiger Student sich in seinem Kolleg mehr blicken ließ. In der Zeitung darüber zur Rede gestellt, hat er seine Aussagen kurzerhand abgeleugnet, nach dem Grundsatz: si fecisti nega! Man weiß in der Tat nicht, über was man mehr staunen soll, über die Frechheit dieses Polen oder die Blödigkeit der Freiburger Studentenschaft, die, von einigen Ausnahmen abgesehen, sich das alles ruhig gefallen läßt, und es sogar fertig brachte, in einer gegen den Polen anberaumten „Protestversammlung" sich von dem „Geseires" desselben einseifen zu lassen. In wirklich mannhafter Weise ist, von wenigen Studenten abgesehen, nur der allzeit schneidige Professor v. Below gegen die schamlose uns im Ausland verächtlichmachende Zeilenschinderei des Polen aufgetreten. Daß derselbe jetzt von der roten Presse in gemeinster Weise in den Kot gezogen wird, ist selbstverständlich. Ebenso steht auch die rote und zum Teil auch die schwarze Studentenschaft auf der Judenseite. Es beweist dies, wie unendlich tief sie gesunken sind. In jedem anderen Lande würde man unbeschadet jeder Parteirichtung einen solchen Besudler des eigenen Nestes längst zum Teufel gejagt haben. Man denke sich doch den analogen Fall in Prag, Rom, Paris oder Warschau: Was würde da einem solchen „Professor" passieren, der nur den zehnten Teil zu sagen wagte, was der Pole sich bei uns erfrecht hat! Er wäre am ersten Tage gelyncht worden. Der dumme deutsche Michel aber läßt sich das alles gefallen. Ja der sogenannte „republikanische Lehrerbund", dessen „Vorsitzender" der „Herr Professor" ist, klatscht blöden Beifall, wenn er Bismarcks Geist mit dem 1848er Geist zu „ersetzen" (!) empfiehlt, dem „Geiste", der allerdings die Stammesgenossen des „Kantorsohnes" zum Heile Deutschlands emanzipiert hat, der aber auch allezeit für die edlen Polen, Franzosen, Engländer, Slowaken und Tschechen geschwärmt hat, d. h. ausgerechnet für alle „Nationen", die uns heute mit vereinten Kräften die Haut abziehen. Das ist der Geist des Hochschulmeisters Kantarowicz! Und Heil dir, o Deutschland, wenn erst deine Lehrer und Schüler davon voll und ganz durchdrungen sein werden!

Wer aber noch ein Gefühl hat für deutsche Würde und vor allem auch für die Würde der „deutschen Hochschulen", der möge dafür sorgen, daß man den Verbreiter dieses „Geistes" baldigst moralisch unschädlich mache. Daher fort mit ihm, der sich nicht scheut, aus seinen Besudelungen gegen Deutschland — und da liegt wohl des Pudels Kern — sich einen Nebenerwerb als Lohnschreiber in Frankenlöhnung zu schaffen. Fort mit ihm, von einer Hochschule, die er befleckt hat und vor dem sogar unsere anständigen Schweizer Nachbarn, bei denen er seinen Geist leuchten lassen wollte, ausspucken!

Der Arbeiterverrat der Unabhängigen

Von einem ehemaligen Sozialdemokraten.

„Die Unabhängigen bieten das Äußerste auf, um unseren Ideenkampf gegen den Gewaltfrieden zu sabotieren. Sie peitschen dabei das schlechte Gewissen. Müssen sie doch fürchten, daß angesichts dieses Medusenhauptes von Versailles das Volk erschauernd erkennt, wie es von den Unabhängigen betrogen worden ist. Diese Unabhängigen haben während der Kriegszeit gepredigt, auf allen Gassen und in allen Tonarten: dem Arbeiter kann es gleichgültig sein, ob Deutschland siegt oder besiegt wird, der Krieg geht nur die Kapitalisten an. Jetzt stirbt der deutsche Industriearbeiter an der Niederlage."

So der sozialdemokratische Führer Ernst Heilmann in der „Glocke" vom 24. Mai 1919, und seine Worte treffen noch immer auf die Unabhängigen zu. Das beste Beispiel hierfür ist die Rede Breitscheids im Reichstage, wo es sich um Oberschlesiens Schicksal handelte. Es steht außer aller Frage, daß der Raub des wertvollsten Teiles Oberschlesiens auch für die deutsche Arbeiterschaft ein außerordentlich schwerer Schlag ist. Die deutschen Gewerkschaften aller Richtungen haben das wiederholt betont, und die oberschlesischen deutschen Arbeiter haben einen Hilferuf nach dem andern erschallen lassen und immer erklärt, daß für sie die Zusammengehörigkeit mit Deutschland eine Lebensfrage sei. Was schert das aber Herrn Breitscheid. Er hält das „schamlose Machwerk" des Friedensvertrages von Versailles, wie Heilmann es sehr treffend nennt, für das gegebene Rechtsinstrument, und er erklärt daher auch im Reichstage, daß nach seiner Überzeugung das formale Recht bei der Aufteilung Oberschlesiens für die Entente spreche. „Es scheint mir eine außerordentliche gewaltsame Interpretation des Friedensvertrages zu sein, wenn man erklärt, daß auf Grund dieses Friedensvertrages Oberschlesien nicht geteilt werden dürfe." — So erklärte Breitscheid nach der „Freiheit" im Reichstage. Breitscheid, der Außenpolitiker der Unabhängigen, folgt damit nur Bahnen, auf denen er während des ganzen Krieges gewandelt ist. Wo er nur Deutschland hinterrücks den Dolchstoß versetzen konnte, da hat er es getan. Es ist notwendig, diese Tätigkeit des Herrn Breitscheid etwas aufzufrischen.

Schon im Herbst 1914 verbreitete Breitscheid in der Presse des feindlichen und neutralen Auslandes Aufsätze, worin die Lage Deutschlands in unwahrer Weise grau in grau geschildert und dessen baldiger Zusammenbruch vorausgesagt wurde. Er trieb es damit so schlimm, daß der damalige Schriftleiter des „Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften", Jansson (ein geborener Schwede, jetzt Sozialattaché der schwedischen Gesandtschaft in Berlin), in der „Internationalen Korrespondenz" vom 29. November 1914 Breitscheid wie folgt kennzeichnete: Daß er in geradezu leichtfertiger Weise ausländische Parteigenossen hinters Licht führe. „Um dies zu erreichen, scheut er sich nicht einmal, eine direkte Unwahrheit zu sagen." Breitscheid war es auch, der 1915 die bekannte Denkschrift der wirtschaftlichen Verbände veröffentlichte, worin zur Sicherung unserer Grenzen Gebietserweiterungen befürwortet wurden. Breitscheid konnte nur durch den Vertrauensbruch in den Besitz dieser Denkschrift gekommen sein. Solche Veröffentlichungen wurden selbstverständlich im feindlichen Ausland ganz besonders hoch bewertet. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob auf Breitscheid auch das zutrifft, was Parvus über seinen Parteifreund Kautsky nach der Verhökerung amtlicher Akten im feindlichen Ausland in der „Glocke" schrieb: „Er wollte die Konjunktur ausnutzen, er wollte auch einmal dicke verdienen."

Kein Wunder, wenn nach solchen Proben Breitscheid der Liebling der französischen Regierung ist. Er war in diesem Sommer mehrere Wochen lang in Paris und hat dort selbstverständlich die gebührende Aufnahme gefunden. Im Salon der Frau Breitscheid werden einfache Arbeiter gemieden wie der Komposthaufen im Schlosse des Königs von England, aber die Herren der französischen Gesandtschaft sind dort allzeit wohlgelittene Gäste.

Wenn alles liebt, kann der Parteivorsitzende Crispien allein nicht hassen, auch er muß zu seinem Teile beitragen, daß Hunderttausende deutscher Arbeiter unter polnisches Joch kommen, und daß weitere Millionen schlimmer Arbeitslosigkeit im Deutschen Reiche durch den Raub der oberschlesischen Naturschätze überantwortet werden. In Nr. 509 der „Freiheit" vom 30. Oktober 1921 bringt es dieser „Arbeitervertreter" fertig, den deutschen Gewerkschaften, welche gegen den Gewaltakt der Abtrennung Oberschlesiens Protest erhoben haben, schnöde in den Rücken zu fallen.

„Als internationaler Sozialist“ lehnt er den „Protest gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens“ höhnisch und herabsetzend ab. Crispien fühlt sich nur als internationaler Sozialist, deutsches Empfinden ist ihm vollständig fremd. Er pfeift auf die Leiden der deutschen Arbeiter, welche ihnen durch den Raub Oberschlesiens bereitet werden. Für ihn ist das berechtigte Verlangen der deutschen Gewerkschaften, daß ihre Arbeitsbrüder und ihre Arbeitsschwestern nicht wie eine Hammelherde von den Ententekapitalisten hin und her verschoben werden können, lediglich eine „nationalistische Seuche“.

Sie blieben eben immer dieselben, die Herren Unabhängigen. Sie haben ja den Gewaltfrieden von Versailles auch erzwungen, und zwar mit den abscheulichsten Mitteln des Volksverrats und der Niederknüppelung der eigenen Klassengenossen. Man braucht sich bloß der Vorgänge vom Juli 1919 zu erinnern, wo Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrages von Versailles zur Frage stand. Damals erklärten sich die Mehrheitssozialdemokraten gegen die Annahme, und am 21. Juli veranstalteten sie in ganz Deutschland große Massenversammlungen gegen die Versklavung der Welt durch den feindlichen Kapitalismus. Was taten aber demgegenüber die Unabhängigen? Das besagt uns ein Flugblatt, welches im Juli 1919 vom Bezirksvorstand der S.P.D. von Groß-Berlin herausgegeben wurde. Darin heißt es u. a.: „Die Unabhängigen sind unseren Unterhändlern in Versailles in den Rücken gefallen. In noch nie dagewesener Weise haben diese brutalen Gewaltmenschen die Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die dem Zwecke des Tages gerecht werden sollten, auseinandergesprengt . . . Unglaubliche Roheits- und Prügelszenen sind dabei vollführt worden. Männer und Frauen, die durch ihren Versammlungsbesuch ihre internationale Gesinnung bekunden wollten, wurden von diesen stupiden Radaubrüdern mit Stöcken, Tisch- und Stuhlbeinen geschlagen . . . In dem ganzen Saale wurden die Tische und Stühle zerschlagen, so daß bürgerliche Berichterstatter ihren Blättern mit Behagen erzählen konnten, es habe dort nach der Versammlung ausgesehen, als ob die Vandalen im Gewerkschaftshaus gehaust hätten.“

Es ist nur schade, daß die Sozialdemokratische Partei alle solche Schandtaten ihrer unabhängigen „Brüder“ so leicht vergißt und immer wieder nach Vereinigung mit ihnen strebt, obgleich doch immer noch wahr ist, was zum Schluß eines angezogenen Aufsatzes in der „Glocke“ Heilmann von den Unabhängigen, die er „Sekte der Selbstbespucker“, schrieb: „Und die Entente weiß ja nicht, welchen Haufen von Demagogie, Unehrlichkeit und offenem Verbrechertum diese U.S.P.D. hinter sich herschleppt. Sie hat Deutschlands Recht verwirkt, dem imperialistischen Ententekapitalismus entschlossen bis zum äußersten Widerstand zu leisten, und wird ihm helfen, Deutschlands Lebensrecht zu erwürgen.“

Eine Frage sei zum Schluß noch gestattet. Im „Vorwärts“ vom 27. Dezember 1918 veröffentlichte der unabhängige Abgeordnete Dr. Oskar Cohn eine Erklärung, wonach er von dem russischen Gesandten Joffe „4 Millionen Rubel für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung gestellt“ erhalten habe; wird man nun bald eine ähnliche Erklärung erwarten dürfen, wieviel die Unabhängige Partei für die oben geschilderte „Vertretung deutscher Arbeiterinteressen“ und französisch-polnischer Machtansprüche bisher erhalten hat? („Finanzpolitische Monatsschrift“ Nr. 40, von H. Schreiber, Patria-Verlag.)

Die Italienisierung Südtirols

Der Andreas-Hofer-Bund (Ortsgruppe München) schreibt uns: Das deutsche Gewissen muß unbedingt in Betreff der Südtiroler Frage aufgerüttelt werden. Wenn die Italiener erklären, Südtirol stände für sie außer Diskussion, so müssen anderseits die Deutschen immer darauf hinweisen, daß für die Deutschen die Behandlung der Deutschen Südtirols immer zur Diskussion stehen wird. 250 000 Deutschtiroler und Ladiner, die im geschlossenen Sprachgebiet leben und ohne Abstimmung dem italienischen Imperialismus verschachert wurden, haben ein Anrecht darauf, daß die Vergewaltigungen, denen sie ausgesetzt sind, bekanntwerden.

Am 1. April 1922 soll für Deutschsüdtirol das italienische Strafrecht, das italienische Strafprozeßrecht und das italienische Preßgesetz in Kraft treten. Das bedeutet eine weitere Italienisierung dieses urdeutschen Gebietes. Aber nicht genug damit, ist Südtirol im provisorischen Landesausschuß für Südtirol und das Trentino ohne Vertretung. Bei der Berufung dieses Ausschusses wurde seinerzeit Deutschsüdtirol in ungerechtester Weise übervorteilt. Es wurden ihm damals nur zwei Vertreter zugebilligt, von denen der eine, ein gewisser Herr Granel, nur ein Regierungswerkzeug war. Letzthin wurden nun im provisorischen Landesausschuß bei der Verteilung der Referate die reindeutschen Gemeinden Pfatten, Branzoll und Salurn dem italienischen Vertreter, Dr. Lorenzoni, die ladinischen Gemeinden von Gröden und Enneberg dem Italiener Dr. Toffol zugeteilt.

Aus diesen kurzen Ausführungen geht zweifellos hervor, daß es unbedingt notwendig ist, daß unsere südtiroler Brüder mit allen Mitteln im Kampf um ihr Deutschtum vom Mutterlande aus unterstützt werden müssen.

Nationale Charakterlosigkeit

Der Andreas-Hofer-Bund schreibt uns: Es kommen noch immer, trotz der wiederholten Proteste des Andreas-Hofer-Bundes für Tirol, Fälle vor, daß deutsche Geschäftsleute an deutsche Firmen in Südtirol italienisch schreiben zu müssen glauben. Jüngst ist ein besonders krasser Fall vorgekommen. Die Firma Karl Gerlinghaus in Planegg bei München schreibt im holperigsten Italienisch an einen Geschäftsfreund mit urdeutschem Namen nach „Brunico (soll heißen Bruneck) in Italien“. Nicht genug, daß die Italiener alles tun, um Südtirol zu verwelschen, finden sich auch Deutsche, die ihnen dabei behilflich sind.

Aus Deutschlands Dunkelkammer

Wir erhalten aus Sch . . . folgende Zuschrift, die wir gerne wegen ihrer richtigen Einstellung abdrucken:

Ein im ganzen Tal bekannter alter Viehjude, einer von der Sorte, die man nicht erst nach Art und Namen fragen braucht, kauft im nächsten Dorf bei einem kleinen Dorfkrämer eine Kuh für 2800 Mark und zieht sie heim in seinen Stall.

Einige Stunden später ist auf der Landstraße unweit jenes Dorfes, folgendes Zwiegespräch zu hören:

Der Dorfkrämer zu dem Bauern aus dem Nachbardorf: „Was hasch da guet's?“ Der Bauer: „Ha, siechs net, e Kuh.“ Der Krämer: „Wo hasch denn die her?“ Der Bauer: „Die? die hawwe vom Moses.“ Der Krämer: „Du, was hat die jetz' koscht?“ Der Bauer: „Die? sechstausend.“ Der Krämer: „Herrgottsa . . . Du, die hat er mir heut' morge für zweitausendachthundert abkauft.“

Wutschnaubend erzählen's die beiden nach kurzer Zeit im Wirtshaus der Amtsstadt, dem Wohnort des Viehjuden. Einer der Zuhörer verläßt auf kurze Zeit die Wirtsstube und kehrt gleich zurück mit dem Gendarmen. Der Oberwachtmeister soll den unerhörten Wucher festnageln und das weitere veranlassen. „Könnt ihr beschwören, was ihr da erzählt habt?“ lautet seine Frage. Erst auf die Bereitwilligkeit der beiden nimmt er die Aussagen zu Protokoll, um sie seinem Arbeitskollegen, der derlei Sachen zu bearbeiten habe, zu übergeben . . .

Wenige Tage darnach erhält der Krämer in seinem Laden den Besuch des alten Viehjuden, der ihm tausend Mark zur ursprünglichen Kaufsumme zulegt. Um ein weniges später erscheint der Gleiche beim Bauer und läßt ihm tausend Mark nach von den 6000, die er eigentlich dem Juden bezahlen sollte . . .

Gott, was vor en edler, vornehmer und nobler Jud? . . . Soweit die Geschichte, die eine Zeitlang die Gemüter erregte. Ich aber frage: Wer ist der größte Lump?

Mit keinem Gedanken denke ich dabei an den alten Viehjuden, der bei seiner Sippe wohl mit Recht in hohem Ansehen steht, denn er tut an dem Goi, wie es der Talmud lehrt, er handelt betrüglich, „gleich wie Jakob getan“.

Nein, nicht der alte Jude, der steht außerhalb des Wettbewerbs. Auf die andern drei bezieht sich meine Frage. Wer ist besser: Der Hehler oder der Stehler? Hehler sind sie alle: der Unbekannte, der hinging, den Juden zu warnen, daß Anzeige wegen Wuchers gegen ihn erstattet, der Krämer, der sich nachträglich tausend Mark zahlen ließ, und der Bauer, der vom Juden tausend Mark seiner Schuld geschenkt erhielt, damit sie nicht mit der Sprache herausrückten, daß der Jude in wenigen Stunden zwölfhundert Mark verdient hatte an einem Kaufgegenstand, für den er selbst schließlich dreitausendachthundert gegeben hatte. Dabei ist als sicher zu unterstellen, daß weder der Krämer noch der Bauer sich der Ungeheuerlichkeit ihrer Handlung bewußt gewesen sind. Sie werden im Gegenteil vielleicht sogar heute noch der Ansicht sein, auf der einen Seite die Kuh gut verkauft, auf der andern Seite die Kuh billig oder mit nicht zu viel Aufschlag gekauft zu haben. Sie werden vielleicht froh sein, daß sie mit so wenig Schererei wieder zu ihrem Geld gekommen sind. Sie beide haben nicht daran gedacht, daß sie an ihren Mitbürgern Verrat geübt haben, weil sie diesen Schädling nicht den zuständigen Gerichten überantwortet haben. Oder ist das Zutrauen zu unsern deutschen Gerichten schon so weit gesunken, daß sich Bauer und Krämer sagten, wie viele in ähnlichen Fällen: Jo, da kannsch nix mache.

Soviel ist jedenfalls klar: Solange derartige Fälle von glattem Wucher noch mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe zugedeckt werden, solange nicht alle anständig denkenden Deutschen wie der eine handeln, der es als selbstverständliche Pflicht ansah, die Angelegenheit dem Gendarmen zu übergeben, solange nicht alle einmütig zusammenstehen, derartige Schandkerle wie den alten Viehjuden an den Galgen zu bringen, solange werden wir in Deutschland nicht mehr zu gesunden Verhältnissen kommen. Wer wundert sich da noch, daß der Liter Milch vier Mark und mehr, das Pfund Butter aber vierzig Mark u. dgl. kostet, wenn der, der die Kuh von einer Hand in die andere gibt, bei diesem Geschäft eigentlich mehr als 50 Prozent verdienen will, sich dann aber, wenn's brenzlich wird, mit 32 Prozent begnügen darf.

Wielange wird es noch dauern, bis deutsche Gerichte solchen Wucher mit dem Tode bestrafen? Gefängnisstrafe oder Zuchthaus ist Unsinn für derartig gemeingefährliche Verbrecher. Die sitzen entweder ihre Strafen gar nicht oder nur zum Teil ab, und hinterher geht die Blutsaugearbeit von neuem los. Nur die Todesstrafe hilft. Dieser Einsicht sollte sich eine „deutsche“ Volksvertretung nicht länger verschließen, es sei denn, daß sie die Bevölkerung zur Selbsthilfe treiben will. Aber dann wehe über dich, Deutschland. J. B. W. D.

Sanktus-Scanzonimus

Wer bist Du?

In Nr. 98/99 des „Völkischen Beobachters“ vom 24. Dez. 1921 berichteten wir in einem Artikel (Stadtrat und Jude) über Berufsbehinderung eines deutschen Arztes von seiten des Stadtrates und eines Juden. Heute veröffentlichen wir in dieser Sache einen Brief, der unter anderem auch Drohungen enthält, und der so recht zeigt, wie auch sein-wollende Deutsche das Volk Israel vertreten und wessen Geistes sie sind. Nachstehender Brief stammt von einem Rechtsanwalt und ist an einen Doktor Sch. gerichtet, letzterer ist der Teilhaber des Herrn Dr. A.

München, den 15. Dez. 1921.

Herrn Dr. Sch., München, Kaulbachstr. 14!

Mein langjähriger Hausarzt, Dr. Fritz Loeb, wird von mir anwaltschaftlich vertreten. In seinem Namen und Auftrag habe ich Ihnen folgendes mitzuteilen:

Sie haben am Mittwoch, den 14. Dez. l. J., abends 3/4 7 Uhr, meinen Klienten vor Zeugen schwer beleidigt, und außerdem mit gefährlicher Körperverletzung bedroht, indem Sie ihn als „jüdisches Schwein“ beschimpft und ihm gedroht haben, einen Farbentopf, den Sie gerade in Ihrer Hand hatten, ihm an den „Schädel“ zu werfen.

Um eine unsachliche Erörterung zu vermeiden, möchte ich vorausschicken, daß ich selbst nicht nur Nichtjude, sondern Angehöriger eines hiesigen Kösener Korps bin, Ihnen also nach dieser Richtung keinerlei Angriffsfläche biete.

Ich stehe aber auf dem Standpunkt, daß nichts dem antisemitischen Standpunkt — wenn man ihn wie Sie einnimmt — mehr schadet, als ein Vorfall, wie der hier in Rede stehende. Denn hier hat der Christ unrecht und der Jude recht.

Dies schicke ich persönlich voraus.

Juristisch steht die Sache zweifellos so, daß Sie sich durch Beschimpfungen und Bedrohungen schwerster Art straffällig gemacht haben. Nähere Ausführungen kann ich mir gegenüber einem akademisch gebildeten Herrn ersparen.

Ich setze Ihnen namens und in Vollmacht des Herrn Dr. Fritz Loeb eine Frist von drei Tagen. Sollten Sie innerhalb dieser Frist mir nicht schriftlich erklären, daß Sie den ganzen Vorfall bedauern und die in der Erregung ausgestoßenen Beleidigungen revozieren und deprezieren, außerdem aber sich verpflichten, als Buße 1000 M. für einen von mir näher zu bestimmenden Wohltätigkeitszweck zur Verfügung zu stellen, so wird wegen Bedrohung Anzeige zur Staatsanwaltschaft, wegen Beleidigung Strafantrag und Privatklage zum Amtsgericht eingereicht.

Schritte beim Hauseigentümer (Magistrat) aus dem Gesichtspunkt des Mietrechtes bleiben vorbehalten.

Hochachtungsvollst
gez. Dr. S., Rechtsanwalt.

Hat man diesen Brief gelesen, so fragt man unwillkürlich „Sanktus Scanzonimus, wer bist du?“ Und warum?

Weil ein deutscher Mann einen Juden nicht als Hausarzt hat.

Weil ein deutscher Mann niemals schreibt: „Hier hat der Christ unrecht und der Jude recht.“

Denn jeder Deutsche unterscheidet die Deutschen in ihrer Rasse von den Juden. Kein Jude erlangt jemals deutschen Geist und deutsches Wesen und wenn er Tausende von Jahren unter dem deutschen Volke hausen dürfte.

Abgesehen davon, daß der Herr Rechtsanwalt nur ganz einseitig urteilt, denn er hat wohl den Juden gehört, aber den deutschen Arzt nicht.

Kant und die Abrüstung

Von Günter Macketanz.

Wie Kant von unseren Demokraten als Kronzeuge für die Richtigkeit ihrer „republikanischen“ Ziele mißbraucht wird, so wird auch seine Forderung: „stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören“, vor das pazifistische Parteidogma der „Abrüstung“ gespannt. Wieweit das berechtigt ist, sei im folgenden kurz klargestellt.

Kant sagt zunächst, daß die stehenden Heere „mit der Zeit“ ganz aufhören sollen und meint damit wahrlich nicht die kurze Spanne des, seinen Lebzeiten folgenden Jahrhunderts. Es ist ja überhaupt seine ganze Betrachtung nicht „geschichtlich“ eingestellt, sondern sie umfaßt philosophisch das ganze Weltschicksal, dessen Entwicklungsformen man doch nur in Jahrtausenden gewahr werden kann. Und sicherlich hat Kant deshalb in seinem Schlußwort der Schrift „Zum ewigen Frieden“ ausgesprochen, daß dieser „nur in einer ins Unendliche fortschreitenden Entwicklung“ und „nur in einer ins Unendliche fortschreitenden Annäherung wirklich zu machen“ ist, damit Utopisten nicht zum Schaden ihres Volkes in einem Menschenalter zu vollbringen versuchen, was er erst in der Unendlichkeit vollendet sieht. Der „Kriegszustand“ ist nämlich nach Kant der „Naturzustand“ unter den Völkern, und so lange kein Volk von einem Nachbar trotz entsprechender Forderungen nicht unbedingte „Sicherheiten“ erhalten hat, muß es sich „immerwährend“ wie vom „Feind bedroht“ fühlen. Selbst wenn Drohungen mit dem „Ausbruch der Feindseligkeiten tatsächlich unterlassen werden!“ Ja, in „solchem Zustand“, meint Kant, brauche ich nicht erst zu „warten“, bis mich dieser Nachbar „tätig lädiert hat“, um gegen ihn „feindlich verfahren“ zu dürfen, sondern ich kann ihn „nötigen, aus meiner Nachbarschaft zu weichen.“ Ernst Wachler hat also lediglich im Kantschen Sinne geschrieben, als er im Mai 1914 (im „Hammer“) riet, nicht erst zu warten, bis die Feinde uns überfallen, wenn sie fertig gerüstet sind, sondern zu handeln wie Friedrich der Große beim Beginn des Siebenjährigen Krieges. Man ist also versucht, Kants Ausführungen über das „Aufhören“ der stehenden Heere „alldeutsch-realpolitisch“ zu nennen. Und erst so wird klar, warum er sich dort gegen die „Unmoral“ wendet, daß Menschen „zum Töten oder getötet zu werden, in Sold“ genommen werden und in der „Geldmacht“ das „zuverlässigste Kriegswerkzeug“ sieht, in der „die Menge der Gerüsteten keine Grenzen kennt.“

Wären das dieselben Angriffe, die von pazifistischer Seite heutzutage gegen die Einrichtung erhoben werden, die bisher unser Vaterland schützte, dann hätte Kant niemals das folgende geschrieben: „Ganz anders ist es mit der freiwilligen, periodisch vorgenommenen Übung der Staatsbürger in Waffen bewandt, sich und ihr Vaterland dadurch gegen Angriffe von außen zu sichern.“ Ist das etwas anderes als die allgemeine Wehrpflicht? — Wenn wir ferner bedenken, daß in dieser Einrichtung die „Grenzen in der Menge der Gerüsteten“ durch die Zahl der waffenfähigen Staatsbürger tatsächlich gezogen sind und in ihr nicht die „Geldmacht“, sondern Vaterlandsliebe und Schulung das „zuverlässigste Kriegswerkzeug“ sind, so ist es klar, daß Kant, hätte er ihre Einführung noch erlebt, dagegen nichts einzuwenden gehabt hätte. Und das um so mehr, als es ihm selbstverständlich ist, daß der „ewige Friede“ „nicht durch Schwächung aller Kräfte, sondern durch ihr Gleichgewicht, im lebhaftesten Wetteifer derselben, hervorgebracht und gesichert“ wird. Kant ist also von unseren Pazifisten weder für die Besudelung unseres alten Heeres noch für ihre Abrüstungsutopien zu verwenden. Tun sie es trotzdem, so ist das übelste Spiegelfechterei.

Deutsche Schrift

Mit demselben Recht, mit dem wir in der Baukunst den gotischen Stil trotz französischen Ursprungs seiner Entfaltung in Deutschland nach als deutsch bezeichnen können, dürfen wir in der Schrift die aus der lateinischen entstandene gotische Schrift deutsch nennen, da sich heute ihr Gebrauch nur mehr auf Deutschland beschränkt. Dem bei uns zur Zeit leider herrschenden Christverfall tritt seit einer Reihe von Jahren Prof. Fritz Kuhlmann entgegen. In seinen Lehrkursen geht er auf unsere alten deutschen Schreibmeister zurück und sucht durch eine sinnvoll ausgearbeitete Lehrweise wieder eine charaktervolle deutsche Schrift zu erzielen. Der ausgezeichnete Erfolg, welcher bei Schulkindern wie bei Erwachsenen erzielt wurde, welche das Schreiben nach einförmigen starren Vorschriften gelernt hatten, zeigt, wie entwicklungsfähig und künstschriften gelernt hatten, zeigt, wie entwicklungsfähig und künstlerisch gestaltbar unsere deutsche Schrift ist. Im Anschluß an frühere Werke ist nun in Kellerers Verlag als Anleitung zum Selbstunterricht ein gemeinverständliches Heft: „Der Weg zur natürlichen, schönen Handschrift“ erschienen. In drei Unterrichtsbriefen wird die Lehrweise Prof. Kuhlmanns, die Entstehung der Lateinschrift und aus ihr unserer deutschen Schrift behandelt. Zahlreiche Schriftproben sind als Anschauungsmaterial beigefügt. Zu unserer nationalen Selbstbesinnung gehört auch, daß wir wieder Wert legen auf eine gute deutsche Schrift, wie es unsere Väter getan haben. Ist es doch bezeichnend für den Gründer unseres Deutschen Reiches, Bismarck, daß er nie anders als deutsch schrieb.

Münchener Theater

Münchner Theater. Der alte Postillon. Volksstück in 3 Akten von M. Baer.

Eine Geschichte aus der guten alten Zeit. Der alte Postsimmerl, der eingefleischte, stolze Postillon begeht sein fünfzigstes Dienstjubiläum und mit ihm feiert die neue Zeit den Fortschritt im Postwesen, die Einführung des Postautos. Dem Alten fällt die Trennung von seiner Postkutsche recht schwer, er ist auf die neue Zeit schlecht zu sprechen. Doch ein kleiner Unfall mit dem Postauto bekehrt ihn allmählich und er fügt sich dem Schicksal. Er erfährt dann, daß sein ehemaliger zweiter Postillon Franz Lehnert, der heimliche Liebhaber der Afra (des Postsimmerls Tochter) sein Nachfolger wird, ein Postillon mit Auto. Nach einer Reihe komischer Zwischenfälle kommt endlich die Verlobung der beiden Liebenden (Afra und Franzl), von der der alte Postsimmerl lange nichts wissen wollte, zustande und die Geschichte nimmt einen freudigen Ausgang.

Der Durchführung des Stückes wurde reicher Beifall zuteil, hatten ja auch die Darstellenden wieder ihr bestes Können gezeigt.

In den Zwischenpausen bot das Schrammelterzett Messerer-Kogler mit trefflichen Konzertvorträgen eine angenehme Unterhaltung.

•

Lustspielhaus. Die Kindervorstellung „Aschenbrödel“ muß wegen der Vorbereitungen zu „Der verflixte Adolar“ nächsten Samstag, den 7. Januar ausfallen.

1000 M. Buße wurde von Herrn Dr. Sch. verlangt für einen von Herrn Rechtsanwalt näher zu bestimmenden Wohltätigkeitszweck (vielleicht für den Zentralverein der Staatsbürger jüdischen Glaubens?). Wenn die 1000 M. nicht bezahlt werden, dann kommt Anzeige beim Staatsanwalt, Klage am Amtsgericht, und auch Schritte beim Magistrat bleiben vorbehalten. Jawohl, der Magistrat ging ja schon gleichen Schritt und Tritt. Wir verweisen wiederholt auf den Artikel in der Nr. 98/99, Seite 2 des „Völkischen Beobachter".

Wenn in drei Tagen nicht das und das und 1000 M. usw. dann wird das und das usw. . . . Wie klingt denn das? Viele Leser werden sagen, das ist ja eine ganz gemeine Erpressung und Nötigung. (Wir enthalten uns eines Urteils.) Und dann der letzte Satz von wegen des Magistrats. Sieht das nicht so aus wie eine ganz fein eingewickelte Drohung? Jawohl, denn der Magistrat hat ja bereits, wie schon erwähnt, verschiedentlich gedroht.

In dem Briefe kann man weiter lesen, daß sich der Rechtsanwalt selber als nicht nur Nichtjude, sondern als Angehöriger eines hiesigen Kösener Korps bezeichnet. So, so! Wird das Kösener Korps sich freuen und sich hochbeglückt fühlen! Jawohl, Herr Rathenau war ja auch Angehöriger des Reichsministeriums zu Berlin in Deutschland. Nur eines kann man nicht verstehen, daß ein Angehöriger eines Korps einem deutschen Arzt, der ja auch Korpsbruder ist, in einer solchen Weise entgegentritt, da doch die Hauptziele der Korps die Pflege des Deutschtums und die Reinhaltung der deutschen Volksstämme bilden. Wird daher das Kösener Korps denselben Standpunkt einnehmen wie der Herr Rechtsanwalt?

Der Herr Rechtsanwalt ist ja auch akademisch gebildet, wie er selber in seinem Schreiben so vortrefflich anzuführen versuchte, und wird daher seinem Korps in dieser Richtung keinerlei Angriffsfläche bieten. Einen wirklich deutschen Akademiker kann ein solcher Brief, im Namen und Auftrag eines Juden geschrieben, den Standpunkt nicht ändern, und auch Sie nicht, Herr Rechtsanwalt! W.

Internationale verwandtschaftliche Beziehungen der jüdischen Hochfinanz

Von Dr. Heinrich Pudor

4. Berliner Juden.

Über das Berliner Finanzjudentum ließen sich Foliobände schreiben. Betreffs dessen internationaler verwandtschaftlicher Beziehungen haben wir schon in den vorangegangenen Artikeln mehreres gebracht. Auch über die Berliner Großbanken, soweit wir über diese nicht in besonderen Aufsätzen berichten. Bei den Großbanken ist nicht zu übersehen, daß sich hinter diesen die großen und größten Finanzjuden verbergen. So steht z. B. sowohl hinter der Darmstädter Bank als hinter der Diskontogesellschaft wesentlich das Rothschildsche Kapital. Als das Frankfurter Haus Rothschild mit Wilhelm Karl von Rothschild im Jahre 1901 erlosch und das Geschäft zur Liquidation gebracht wurde, übernahm einen Teil desselben die am 1. Juli 1901 errichtete Frankfurter Filiale der Diskontogesellschaft, so daß zwar scheinbar das Rothschildsche Geschäft teilweise auf die Diskontobank überging — im Grunde aber deshalb, weil bei dieser ohnedies das Rothschildkapital maßgebend war. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Darmstädter Bank. Sie ist eine Tochtergesellschaft des vorerwähnten Kölnischen Bankhauses S. Oppenheim jun. & Co., Inhaber S. Alfred Freiherr von Oppenheim. Ihre geschäftliche Entwicklung ist anfangs eng mit derjenigen der K. K. priv. Kreditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien verbunden. Diese war von Herrn von Bruck gegründet zu dem Zweck, gegen die Rothschildsche Finanzherrschaft anzukämpfen[1], ähnlich wie auch die Darmstädter Bank selbst neben den Bethmanns und Erlangers versuchte, die Vorherrschaft der Rothschild zu brechen. Aber Rothschild blieb überall Sieger und spielte diese bedeutende österreichische Bank (siehe vorigen Artikel) sehr bald in seine Hände über, so daß auch alle von dieser Kreditanstalt abhängigen Bodenkreditinstitute, Leihinstitute, selbst Sparkassen in Österreich und Ungarn unter Rothschilds Herrschaft gerieten. Und in Deutschland ebenso bezüglich der Bank für Handel und Industrie, der Darmstädter Bank und der Diskontogesellschaft, welche letztere anfangs ebenfalls mit der Österreichischen Kreditanstalt eng verbunden war[2].

Auch Gerson Bleichröder erwuchs im Garten Rothschilds, wie Germanicus im Jahre 1883 schrieb, und war bedeutend nur durch seine Verbindung mit Rothschild. Bis zum Jahre 1871 galt er allgemein nur als Anhängewagen Rothschilds, und erst die Schwindelperiode gab ihm eine gewisse selbständige Bedeutung. Auch bei den Versailler Friedensverhandlungen[3] war er in der Hauptsache nur Strohmann Rothschilds. Er erhielt dafür das Eiserne Kreuz!

Ein etwas gefährlicherer Konkurrent Rothschilds war, wie hier bezüglich Österreichs nachgetragen sei, eine Zeitlang Bontoux, langjähriger Generaldirektor der österreichischen Südbahn. Als Mittelpunkt der Bontoux-Gruppe, und im Gegensatz zur Rothschild-Gruppe und zur Österreichischen Kreditanstalt entstand die vorerwähnte Österreichische Länderbank, die bald stärker wurde, als man ihr zugetraut hatte, und die Rothschild mit einem Schlage vernichten wollte. Man sagte damals, es gelte einen Kampf zwischen dem jüdischen und dem christlichen Kapital. Natürlich siegte auch diesmal das erstere.

Als es dann für das Rothschildsche Kapital darauf ankam, das Eisenbahngebiet zu erobern (ähnlich wie heute), — von den preußischen Bahnen, die das finanzielle Rückgrat Preußens bildeten, betrugen allein die Prioritätsanleihen gegen 1500 Millionen Mark —, wurden die Diskontogesellschaft und Herr von Bleichröder mit dieser Aufgabe betraut, während die Konversion der 6 % ungarischen Goldrente seitens Rothschilds der Kreditanstalt zugewiesen wurde. Bei diesem letzteren Geschäfte verdienten die Rothschilds allein an „Kommissionsgebühren" 9 Millionen M., der ungarische Staat erhielt ein Trinkgeld von 7 Millionen M., vermehrte aber gleichzeitig seine Schuldenlast um 140 bis 150 Millionen M., die den Rothschilds zugute kamen.

In Deutschland bildete also schon damals das Dreiblatt Diskontogesellschaft — Darmstädter Bank — Bleichröder, mit der Basis Rothschild, die ausschlaggebende Macht im Finanzleben und an der Börse. Mittlerweile dazugekommen sind die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und die Kommerz- und Privatbank. Hinter allen diesen Banken verbergen sich (vgl. die sogenannten „Konsortien", die die neuen Aktien im Betrage bis in die Hunderte von Millionen übernehmen) wiederum die großen und größten jüdischen Finanzgewaltigen Rothschild, Speyer, Warburg, vor allem aber Morgan, der heute ein Kapital repräsentiert, das unzweifelhaft, und wie sich nachweisen läßt, in die Billionen geht. Und dieses ausländische und internationale Kapital arbeitet längst schon auch in unserer Industrie. Als eines von vielen Beweisbeispielen führen wir die Erklärung

---

[1] In Frankfurt hatte selbst ein Rassengenosse Rothschilds, Löb Sonnemann von der „Frankfurter Zeitung", vorübergehend versucht, gegen Rothschild Front zu machen. Rothschild zog ihn aber sehr schnell auf seine Seite.

[2] Ihr ehemaliges Direktionsmitglied Herr Miquel gab als Oberbürgermeister von Frankfurt für die Konversionen, insbesondere für die ungarischen, im Sinne des Börsenschwindels das maßgebende Beispiel.

[3] Über die Beziehungen Bismarcks zum Judentum hat Alfred Rosenberg im „Völkischen Beobachter" Nr. 40 vom 22. Mai wertvolle Aufschlüsse gegeben. Auch bei dem dort besprochenen Berliner Kongreß hat Bleichröder eine große Rolle gespielt.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Weihnachts-Feier

am 9. Januar 1921, abends 7 Uhr im großen Saale des Hofbräuhauses

Deutsche Volksgenossen!

Das Weihnachtsfest ist das deutscheste aller Feste. In ihm feiert unser Volk seit jeher die große Wende im Leben des Jahres, den Tag, an dem die Sonne wieder in neuen, immer weiter ausholenden Bahnen am Himmel emporzusteigen beginnt, den Tag, an dem in der Seele des Volkes mitten im tiefen Winter wieder das Sehnen nach einem neuen Frühling wach wird, den Tag, an dem die ganze Natur beginnt, sich dem Ausbruch elementarer Kräfte entgegen zu dehnen. Für uns Deutsche hat dieses Fest jetzt einen noch tieferen Sinn bekommen. Für uns ist das Weihnachtsfest jetzt das große Zeichen der beginnenden Wiederauferstehung unseres Volkes geworden. So wenig der Winter die Natur an der Auferstehung verhindern kann, so wenig können alle bösen Mächte der Welt unser Volk am Wiederemporkommen hindern. Denn siegreich wird zuletzt doch die große Liebe bleiben, die alle Volksgenossen am Tage der völkischen Auferstehung zusammenschmieden und den großen Durchbruch durch die Front unserer Gegner herbeiführen wird, der Durchbruch, der brausend wie der Frühling daherkommt und alles niederwirft, was sich ihm in den Weg stellt.

Das Weihnachtsfest in diesem Sinne mit uns zu begehen, laden wir alle deutschen Volksgenossen ein. Erscheint in Massen auch zu dieser Feier und zeigt allen, daß wir fest zusammenstehen im Kampfe gegen die Not. Die nationalsozialistische Arbeiterpartei wird auch an diesem Abend es nicht bei Worten bewenden lassen, sondern in diese Not eingreifen.

Mindestens 100 arme Kinder werden an diesem Abend beschenkt werden. Noch mehr wollen wir beschenken.

Spendet alle, die ihr zu uns haltet. Die Not ist groß, und noch viele Kinderaugen gibt es zum Aufleuchten zu bringen. Spendet alle, was ihr entbehren könnt.

Kommt und feiert mit uns ein

Deutsches Weihnachtsfest!

Der Weihnachtsausschuß.

Alle Spenden für die Kinderbescherung (Geld, Kleidung, Nahrungsmittel) werden im Parteibureau, Corneliusstr. 12, entgegengenommen.

Rathenaus auf der Generalversammlung der A.E.G. vom 7. Mai 1920 an, daß die 23 Millionen Aktien, durch die das Kapital erhöht wurde, „von einer amerikanischen Gruppe allerersten Ordnung übernommen wurde". Also von Morgan. Man könnte auch an Kuhn, Loeb & Co. denken, da der mit diesen verbundene Hamburger Bankier Max Warburg im Aufsichtsrat der A.E.G. sitzt. Aber „Gruppe allererster Ordnung" — da kann nur Pierpoint Morgan in Frage kommen, der schon Größere, wie Carnegie und Rockefeller unter seine Herrschaft gebracht hat. Und ebenso wird es sich auch mit den neuesten, beträchtlich größeren Erhöhungen des Aktienkapitals der A.E.G. verhalten. Kein Zweifel, daß auf dem Wege der jetzigen sprunghaften Erhöhungen des Kapitals fast aller großen Aktiengesellschaften ein Engros-Ausverkauf der deutschen Industrie an das Ausland stattfindet, und daß dieses, im besonderen Morgan, in einem kolossalen Umfange Mitbesitzrecht an den deutschen Industriegesellschaften erlangt hat. Diese Entwicklung hat allerdings, wie immer wieder betont sei, schon seit geraumer Zeit eingesetzt. Die deutsche Treuhand, die seit einigen Jahren so gern als Firmenschild benutzt wird, ist in Wahrheit die jüdische Hand und ein hebräisches Gaunerzeichen. Deshalb ist z. B. die Deutsche Treuhandelsgesellschaft in Berlin Vertreterin der größten englisch-südafrikanischen Goldminengesellschaft, der Consolidated Gold Fields of South Africa Lim., gegründet 1892 von Cecil Rhodes, dem Deutschenfresser, Freimaurer und englischen Imperialisten. Und wenn ein Jude heute ein Telegramm nach London unter der Adresse „Jüdische" aufgibt, kommt es in die Hände von T. Hirsch, Direktor des Jewish Colonial Trust Lim., eingetragen auch unter der Firma: Jüdische Kolonialbank; Telegramm-Adresse dieses Kolonialtrustes ist — in London — „Jüdische"; denn Jakob Schiff, Rothschild, Hirsch, Alfred Beit, sie kamen alle aus Frankfurt, Mannheim, Hamburg, so schon der alte Baring-Baruch, der also mit dem amerikanischen Rathenau Bernard Baruch und mit Ludwig Börne-Baruch namens- und sippenverwandt ist. (Letzteres bezüglich Baring-Baruch unter Vorbehalt, da die Jüdische Enzyklopädie nichts davon erwähnt.)

Was aber den Sekretär des Dr. Rathenau anbetrifft, den er mit nach London genommen hat, Dr. Simon, so gibt es unter den vielen Simons, die meistens Bankiers sind, nur drei „Dr." Simon: Dr. Heinrich Simon von der „Frankfurter Zeitung", Dr. James Simon, Geh. Kommerzienrat, aus dem Hause Gebr. Simon, wie auch Dr. jur Ed. Simon; dieser letztere wird wohl hier gemeint sein[1]. Also diesmal ein Baumwolljude. Im übrigen erinnere man sich, daß die Simons mit den Beits und Warburgs versippt und assoziiert sind. Bei der Zusammenkunft mit David Lloyd George werden sich diese drei wohl in Jiddisch oder in der geheimjüdischen Gaunersprache der Kabbala verständigt haben. (Forts. folgt.)

---

[1] Auf dem Wege Simon, Bühler, Baumann, Frankfurt, und H. Simon, Manchester, ist auch ein großer Teil der deutschen Mühlenbauindustrie „überfremdet".

Nationalsozialisten und Leser des „Völkischen Beobachters" berücksichtigt beim Einkauf nur Firmen, die in eurem Blatte inserieren! Kauft nicht bei Juden oder Judenfreunden.

Aus der Bewegung

Eddabund. Donnerstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, Vortragsabend im Hotel „Union", Barerstraße 7, Lesezimmer.

Der Fuchs geht um

Der „Oberschwäbische Anzeiger" Nr. 350 vom 29. Dezember 1921 bringt folgenden Bericht, dessen Beherzigung wir besonders dem Herrn Gorsleben empfehlen möchten.

„Deutschvölkische Kulturträger". Der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund München, die antisemitische deutschnationale Organisation, welcher als Mitglieder u. a. auch die beiden Erzbergermörder, Tillessen und Schulz, angehören, treibt auch Kulturpolitik. Wie diese aussieht, dafür liefert eine große öffentliche Versammlung, die am Mittwoch in München stattfand, einen schlagenden Beweis. Der Dozent der Volkshochschule Wiesbaden, Paulk, sprach über das Thema: „Das deutsche Weib und der Jude". Die Ausführungen des Vortragenden waren so starker Tabak, daß er schließlich sogar einigen Gesinnungsanhängern zu stark war. Dem Redner wurde vorgeworfen, daß er nur von Sinnlichkeit spreche und im Schmutz wühle. Tatsächlich waren die Ausführungen nur eine niedrige Spekulation auf die Sinnlichkeit. Viele Leute verließen den Saal. Ein Führer der Nationalsozialisten bezeichnete es selbst als eine Schmach, einen solchen Redner sprechen zu lassen, wurde aber vom Vorsitzenden (Gorsleben!! D. Sch.) darauf aufmerksam gemacht, daß nur „Hornochsen" so sprechen können. Darauf kam es zu Tätlichkeiten, so daß die Polizei einschreiten mußte. Weiterer Kommentar ist überflüssig.

Soweit der Bericht. Er bestätigte nur meine in der Hitler-Versammlung (über das gleiche Thema) ausgesprochene Voraussage, daß durch das Auftreten von Rednern nach Art des Herrn Paulk in völkischen Bünden die schwarzen, roten und gelben Feinde der völkischen Bewegung sich über sie hermachen und das, was die Unzuverlässigkeit eines einzelnen (Gorsleben!) anrichtete, der gesamten deutschvölkischen Bewegung aufgemutzt wird. Wie anders wäre der Titel: „Deutschvölkische Kulturträger" zu verstehen, dessen sich das Erzbergerblatt fast gleichlautend mit dem seinerzeitigen Artikel der „M. P." bediente? Würde die Bewegung wirklich solche „Kulturpolitik" mit ihrem Namen decken, dann wäre ihr das Grab bestimmt geschaufelt. Tatsächlich scheinen Kräfte am Werke zu sein, die das Betreiben einer solchen „Kulturpolitik" in die Bewegung hineinschmuggeln wollten, und man tut gut daran, sehr auf der Hut zu sein, besonders Leuten gegenüber, die sich als Führer bezeichnen und Derartiges möglich werden lassen.

Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, wird hier ausdrücklich nochmals betont, daß unsere Stellungnahme zu Paulk-Gorsleben nicht den Schutz- und Trutzbund trifft und nicht treffen kann, ebensowenig wie die hämische und heimtückische Verdächtigung des Bundes durch die Aufmachung des Berichtes in dem Schwabenblatt. Nachdem aber dieser Bericht erschienen ist, wird unsere Stellungnahme zu R. J. von oder nicht von Gorsleben für uns eine sittliche Verpflichtung, und wir stellen nochmals fest, daß wir diesen Herrn als anerkannten oder nicht anerkannten Führer in der Bewegung für durchaus ungeeignet halten müssen. Hsj.

„In eigener Sache"

Im April/Mai-Hefte der „Vorposten" 1921 war ein Aufsatz „Deutsche und romanische Freimaurerei" erschienen, in welchem das Verhältnis des Alldeutschen Verbandes zur Freimaurerei angedeutet wird. Obgleich dieser Aufsatz meine Unterschrift nicht trägt, hat die Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes jetzt unter Hinweis auf diesen Aufsatz durch ihren Hauptgeschäftsführer am 17. Dezember gehässige Angriffe gegen meine Person in den „Alldeutschen Blättern" gerichtet, die ich im nächsten Hefte der „Vorposten" gebührend kennzeichnen und zurückweisen werde. Ich ließ schon jetzt Sonderdrucke meiner Antwort anfertigen, die vom Verlage „Auf Vorposten" bezogen werden können.

Ludwig Müller v. Hausen,
1. Vorsitzender des Verbandes gegen Überhebung des Judentums, e. V.

Münchner Nachrichten

Deutsche Weihnachtsfeier. Die Ortsgruppe München im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande beging jüngst im „Haderbräukeller" unter starker Anteilnahme ihrer Mitglieder eine stimmungsvolle deutsche Feier. Der Tenorist des Nationaltheaters, Hans Depser, gab mit prächtigen religiösen Gesängen einen weihevollen Auftakt. Ebenso herzliche Aufnahme fanden die Geigenvorträge unseres heimischen jüngsten Geigers, Joseph Färber. Ein glücklicher Gedanke ist es gewesen, den Vorkämpfer für das Deutschtum im Auslande, Schriftsteller Franz Hlawna aus Salzburg, herüberzubitten, der in schlichter Größe die Herzen in vaterländische Begeisterung versetzte. Umgeben von den Sängern des Deutschnationalen Männergesangvereins, scholl ihm brausender Beifallssturm entgegen. Unter der Leitung von Musikdirektor Niemeyer gab der Männerchor das „O, du fröhliche" wirkungsvoll wieder. Schauspieler Max Bayrhammer, einer der wenigen, die in Ergriffenheit zu Menschenherzen reden, sprach seinen „Christbaumzauber", eine ernste Mahnung zur sittlichen Erneuerung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dietrich Eckart. — Für den Anzeigenteil: Philipp Bouhler. — Verlag: Frz. Eher, Nachf., G. m. b. H. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. — Sämtliche in München.

OPTIKER WOLFF'S
„OPTOFIX"-ZWICKER
Leicht, zierlich, festsitzend.
JOSEF RODENSTOCK
München, Bayerstr. 3, Perusastr. 1.
Kostenlose Gläser-Verordnung.

Steckenpferd-Seife
die beste Lilienmilchseife für zarte weiße Haut

„Zwei wunderbare Sachen" sagt ein alter Patient, „führen Sie mit Ihren Cramintabletten und Ihrem Germosan. Ihr Cramin hat bei meiner oft unerträglichen Gicht und Rheuma glänzend geholfen, und Ihre vortrefflichen Germosankapseln trage ich stets in der Westentasche bei meinen plötzlichen und ekelhaften Migräne- und Neuralgieanfällen. Mit diesen beiden Mitteln müßten Sie eigentlich Bombengeschäfte machen." In Apotheken erhältlich, à 6 M.